

der Menschen eingreifen, müssen schief liegen, werden sie ausschließlich als Elitenprojekt von oben konzipiert und als „alternativlos“ präsentiert sowie als Top-down-Prozess „implementiert“. Eine Eins-zu-eins-Umsetzung von nur auf Output fixierten Entscheidungen, die den lebensweltlichen, milieuspezifischen und kulturellen Rahmen nicht berücksichtigt, wird an den Kommunikationswelten und Bewusstseinslagen, den Ängsten, Einstellungen und Hoffnungen der Menschen zumeist vorbeigehen.

Hier scheint ein wirklicher Blickwechsel notwendig hin zu einem zwei-

ten Mehr-Demokratie-wagen. Das SPD-Verständnis von Politik darf sich nicht als bestes und effektivstes Management erschöpfen, sondern sollte als diskursiver Prozess der Aktivierung und der Beteiligung sowie als gemeinsamer Lernprozess angelegt sein. Das, was 2008 „nah bei den Menschen“ hieß, ging in die richtige Richtung. Gerade die kleinen Leute und einfachen Parteimitglieder merken sofort, wenn sie nicht ernst genommen werden, wenn der große Plan – so objektiv richtig er auch immer sein mag – ohne sie, an ihnen vorbei oder gegen sie durchgezogen werden soll.

Helga Grebing

Quo Vadis Tanker?

Die SPD – (k)eine Partei für das 21. Jahrhundert

Titel, Untertitel, Kapitelüberschriften versprechen wenig Gutes, sind mit Ironie bis an die Grenze zur Häme aufgeladen, klingen selten besorgt oder gar optimistisch aufgeheilt: Die SPD im freien Fall, in der Krise, am Ende ihrer Geschichte angekommen; ‚Männerfreunde‘ statt Genossen werden an der Macht gesehen oder die ‚Erkenntnis‘ verbreitet, die SPD zermürbe sich zwischen Machtanspruch und innerer Zerrissenheit; über Aufsteiger und Zurückgelassene aus der ‚Arbeiterklasse‘ wird geredet, über ‚jenseits jeder Führung‘ und über die soziale Demokratie jenseits der Arbeiterbewegung. Was auch immer man von dergleichen plakativen Verlautbarungen

halten mag, es bleibt dennoch zu prüfen, was an realem Wert hinter ihnen stecken könnte. Denn sie passen ja zu dem medialen Weltuntergangstheater, für das die SPD so ‚nachhaltig‘ krank gemeldet oder sogar meist heuchlerisch halbtot geredet wird. Es gibt da offensichtlich eine ganz merkwürdige Lust am Untergang auf Kosten der SPD.¹

Franz Walters ‚Biographie einer Partei‘

Franz Walter, der Göttinger Parteienforscher, hat noch einmal sein 2002 erschienenenes Buch über die SPD, das er

¹ Die Liste der rezensierten Bücher und Aufsätze siehe Literaturverzeichnis im Anhang.

nun „Biographie einer Partei“ nennt, in einer überarbeiteten Taschenbuchausgabe vorgelegt. Von Überarbeitung und Erweiterung merkt der Leser nicht viel, wohl aber kann er die Weiterführung eingerasteter Deutungen registrieren, die von der Forschung inzwischen abgelegt worden sind. Walter offeriert ein gut sortiertes Literaturverzeichnis, aber er macht im Text nicht erkennbar, worauf er sich jeweils mit seinen Auffassungen bezieht. Sein Stil ist auch in diesem Buch der, den man von ihm kennt: Er kann eindrucksvoll und treffend charakterisieren, aber er kann auch allzu oft effekthascherisch und verliebt in die eigene Wortspielerei bis in die Nähe von Seifen-Opern geraten. Hier wie auch in seinen zwei weiteren Büchern nennt Walter eine Vielzahl Mitarbeiter und Mithelfer einschließlich der eigenen Familie. Unter ihnen werden auch Peter Munkelt und die Mitarbeiter von dessen „Berliner Archiv“ erwähnt, ohne dass der Leser erfährt, dass es sich dabei um das Politische Archiv beim Parteivorstand der SPD und dessen Leiter handelt.

Walter wiederholt implizit und explizit die These vom fortwährenden Dualismus zwischen Theorie und Praxis in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 und verweist auf die beschränkte politische Kompetenz der Funktionäre: Organisation und Wahlkampf – das konnten sie; Konzepte für die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft in den Sozialismus, wovon sie dauernd redeten, besaßen sie nicht, noch nicht einmal mittelfristige. Das stimmt so nicht: Jener Dualismus war ein scheinbarer, und was

so aussah entsprach der Erfahrungswelt der Sozialdemokraten im monarchisch-autoritären Staat. Sie mussten unterscheiden zwischen dem, was sie jetzt schon tun konnten, und dem, was zukünftig notwendig sein würde. Sie sammelten dazu nach und nach ein breites Feld praktischer Erfahrungen und Anschauungen für Neugestaltungen; ein Masterplan war das nicht, gab aber reichhaltige Hinweise auf kommende Möglichkeiten.²

Hinzu kam, dass die deutsche Sozialdemokratie ungeachtet aller Bekenntnisse zum Internationalismus „doch auch bewusst eine deutsche Partei (war), gemessen an den Wertbezügen und den politisch-kulturellen Grundmustern, die sie geprägt hatten“³. Für die nationale Identitätsfindung reicht die immer noch geläufige Kennzeichnung ‚negative Integration‘ (in Staat und Gesellschaft des Kaiserreichs) eben nicht mehr aus. Aber trotz aller nach der Jahrhundertwende sich innerparteilich abzeichnenden Differenzen blieb die deutsche Sozialdemokratie *eine* Partei, und Franz Walter ist zuzustimmen, dass es erst die Schubkraft des Krieges gewesen ist, die die Spaltung zur Tatsache machte.

Die stück- und teilweise sich vollziehende positive Integration hatte Folgen für die Revolution 1918/19. Walter meint, es auf den Punkt bringen zu kön-

2 Brandt (2008), Kapitel III, S. 237ff.; vgl. Grebing, Helga (2007): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert. Berlin, S. 46-50 (unter Hinweis und Verwendung der Forschungen von Walter Euchner) .

3 Brandt (2008), S. 387.

nen, wenn er seine Leser wissen lässt: „Dann verfügten die Sozialdemokraten endlich über die Macht, aber es geschah nichts.“⁴ Viel mehr erfährt der Leser von Walter nichts über die Komplexität der internationalen Lage, fast nichts über die Stärke der parallel zur Revolution sich militant formierenden Konterrevolution und genauso wenig über die Marginalität der linksradikalen revolutionären Kräfte.⁵ Walter meint, allein „eine diktatorische Revolutionsregierung hätte die Eingriffe in das alte Machtgefüge langfristig sichern“ können. Mag sein, aber dazu waren die Sozialdemokraten „nicht in der Lage“⁶. Richtig, denn sie hatten ein Demokratie-Verständnis, das auf allgemeine Volkswahlen (mit einem Wahlrecht nun auch für Frauen) und ihnen folgende parlamentarisch-repräsentative Institutionen setzte.

Schon bei Walter findet sich angedeutet, was in der immer wieder hochkochenden, zum Teil unerträglich emotional aufgeladenen Kritik am Verhalten der MSPD-Führung 1918/19 geradezu handgreiflich wird: Historiker sollten sich bemühen zu erklären, warum das,

was sie sich möglicherweise politisch wünschen mögen, nicht historische Realität wurde, und sie sollten aufhören, ihre Wünsche zu Wertmaßstäben für Beurteilung historischen Handelns zu erheben und vielleicht auch noch zur Quasi-Hinrichtung der Repräsentanten sogar aktueller politischer Konstellationen zu benutzen. Von all dem ist Franz Walter weit entfernt, für die noch zu besprechenden Autoren Karl Heinz Roth und Klaus Gietinger in dessen ist dies geradezu ihre Methode. Aber sind sie überhaupt Historiker?

Rosa Luxemburgs Irrtümer

Ehe auf die beiden Genannten eingegangen wird, muss noch eine Zwischenposition erörtert werden. Wer nämlich der Meinung ist, dass in der revolutionären Gemengelage mehr gesteckt hat als historisch zum Tragen kam und das Räte-Modell dem parlamentarisch-repräsentativen Demokratie-Konzept gegenüber für überlegen und tragfähig hält, wird Rosa Luxemburg ein „Demokratie-Konzept“ zusprechen, wie es Ottokar Luban in seinen Arbeiten⁷ tut. Das aber würde bedeuten, nicht nur Rosa Luxemburgs Auffassung zu teilen, dass die „proletarische Diktatur“ die wahre Demokratie ist, sondern auch zu glauben, dass „die Massen“ das entscheidende revolutionäre Subjekt hätten sein können. Aber, so muss man fragen, wer waren denn diese Massen eigentlich? Ältere, nicht zum Militärdienst herangezogene Rüstungsarbeiter, Frauen und Mütter, die in den Munitionsfabriken arbeiten muss-

4 Walter (2009a), S. 36.

5 Vgl. Brandt (2008), Rudolph (2009). Außerdem Grebing, Helga (Hrsg.) (2008): Die deutsche Revolution 1918/19. Berlin, dies. (1991): Rosa Luxemburg (1971–1919), in: Euchner, Walter (Hrsg.): Klassiker des Sozialismus, Bd. 2, S. 58–71, dies. (2000): Ein Zeichen für Rosa Luxemburg. Unterschiedliche Deutungsmuster eines politischen Lebens, in: Ein Zeichen für Rosa Luxemburg. Deutungsmuster eines politischen Lebens. Diskussionsprozesse 1998–2000. Dokumentation, hrsg. vom Initiativkreis Ein Zeichen für Rosa Luxemburg, S. 24–26.

6 Walter (2009a), S. 47 bzw. 52.

7 Vgl. Luban (2003, 2008, 2009).

ten, ungelernete Jugendliche, aber auch die noch nicht demobilisierten Frontsoldaten? Letztere scheinen, bewertet man die Voten der Arbeiter- und Soldatenräte, auf die Sozialdemokratie gesetzt zu haben.

Die Linksradiakalen um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren eine zwar lautstarke, aber zahlenmäßig verschwindende Minderheit, und sie hatten kein der Situation gemäßes strategisches Konzept, riefen zum Aufstand gegen den revolutionär legitimierten Rat der Volksbeauftragten auf und forderten sogar die „Liquidierung der USPD, dieses verwesenden Leichnams“⁸. Rosa Luxemburg mag wohl anderes im Sinn gehabt haben, wie ihre programmatische Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende Dezember 1918 beweist, u.a. die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und die Ablehnung jedes Terrors, aber sie steckte nur Niederlagen ein und konnte diese noch nicht einmal kommentieren. Im Protokoll des Gründungsparteitags steht die Bemerkung: „Die Genossin Luxemburg ist leider nicht in der Lage, das Schlusswort zu halten, da sie körperlich unpässlich ist.“⁹

8 Das alles sieht auch Luban, v.a. in (2003). Vgl. außerdem Strobel (1992), Faulenbach (2003) und Scharrer (2008; hier auch weitere Hinweise auf einschlägige Veröffentlichungen von dems.).

9 Hermann Weber (Hrsg.) (1993): Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/19. Berlin, S. 224. Vgl. außerdem die Veröffentlichungen der Rezensentin zu Rosa Luxemburg (s. Fußnote 5).

Solche Überlegungen sollen nicht davon ablenken, dass die mehrheitssozialistischen Inhaber der revolutionär begründeten politischen Macht, vor allem Ebert, Scheidemann und Noske, wenn nicht faktisch, so doch moralisch eine Mitverantwortung tragen für das Umschwenken der weitgehend friedlichen Revolution in einen Bürgerkrieg, zu dem weißer Terror und Mord gehörten. Vielmehr sollen sie dazu dienen, die Komplexität der Ereignisse zu verdeutlichen, die es erheblich erschwert, die sogenannten Verräter der Revolution historisch dingfest zu machen. Für Klaus Gietinger und Karl Heinz Roth gibt es keinen Zweifel: Das waren Ebert und Konsorten, und zwar ganz direkt persönlich.

Inszenierungen und Diffamierungen gegen die Mehrheitssozialdemokratie

In der kürzlich veröffentlichten Monografie über Waldemar Pabst glaubt Gietinger den endgültigen Beweis für die Mittäterschaft von Gustav Noske an der Ermordung von Rosa Luxemburg geliefert zu haben.¹⁰ Bei einem Vergleich mit früheren Veröffentlichungen¹¹ zeigt sich, dass Gietinger über das bereits 1992 gelieferte ‚Beweismaterial‘ und die daran geknüpften Urteile im Wesentlichen nicht hinaus gelangt ist. Der einzige Beweis sind und bleiben Aussagen von Pabst selbst. Keine weitere Quelle, keine Dokumente zum Gegenprüfen, nur Pabst, der Kommandeur der Mordbrigade, als vermeintlicher Kronzeuge und

10 Gietinger (2008).

11 Ders. (1992).

das auch mit späteren Erinnerungen. Mit diesem ‚Beweismaterial‘ inszeniert der ja nicht unbekannte Regisseur Gietinger einen Prozess der Anklage gegen die ganze Mehrheitssozialdemokratie; ein Verfahren, bei dem Roth mehr als nur Gehilfe ist.¹²

Es soll hier nicht erörtert werden, wer wem die Sporen gab, sondern hingewiesen werden auf eine geradezu abenteuerliche, alle professionellen Maßstäbe negierende ‚Geschichtsschreibung‘, die das Ziel hat, die Sozialdemokratie abzustrafen vor dem Hintergrund einer kritiklosen Überidealisierung der vorgeblich wirklichen Herrschaft der Massen. Da hagelt es nur so von schein-analytischen Diffamierungen: „völkisch-nationalistische Führungsgruppe“, „völkisch-nationalistische Arbeiterbürokratie“, die die Überwindung der Klassengesellschaft durch die ethnisch reine „Volksgemeinschaft“ vertraten, sich offen antisemitische verbale Ausfälle gegen jüdische Genossen leisteten, von der „allddeutsch verfassten ‚Reichsidee‘“ erfasst waren, kurz: die völkisch-hypernationale Mehrheitssozialdemokratie war faschistoid.¹³

Als gewöhnlicher Historiker hat man erhebliche Schwierigkeiten, dieses Ausmaß an Geschichtsklitterung überhaupt zu begreifen, verstehen kann man diesen irr-rationalen Hass auf die Mehrheitssozialdemokraten ohnehin nicht. Alle ideen- und sozialgeschicht-

lichen Ableitungen, wie sie die professionelle Forschung anbietet, werden von diesen beiden ‚Richtern Gnadenlos‘ einfach über den Haufen geschmissen. Allerdings sind diese sich mit ihren Urteilen so ganz sicher auch nicht. Sie hätten zwar, so schreiben sie, „lange darüber nachgedacht“, aber herausgekommen ist, dass sie nur „glauben“, auf dem richtigen Wege zu sein.¹⁴

Sozialdemokratie nach 1945

Die Weimarer Republik – ihr Anfang mit der unvollendeten Revolution und ihr Ende mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten – sowie die Einstellung der Bevölkerung, vor allem der Arbeiter, in der Zeit der NS-Diktatur stehen in den zu besprechenden Büchern nicht im Vordergrund¹⁵; höchstens dann erfolgt eine Rückblende, wenn die Besonderheiten des Neubeginns nach 1945 diskutiert werden. Peter Brandt z.B. erklärt, warum eine revolutionäre Umwälzung, lange vergeblich erwartet und erhofft, nun unter den Besatzungsverhältnissen geradezu undenkbar war. Den deutschen linken Antifaschisten blieb deshalb nichts anderes übrig, als an das real vorhandene Bewusstsein der

14 Gietinger/Roth (2007), S. 88.

15 Dass auch hier eine historiografische Diskussion in Gang kommt, zeigen zwei Beiträge in dem Band Ursula Bitzegeio, Anja Kruke, Meik Woyke (Hrsg.) (2009): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert, Bonn: Schönhoven, Klaus: War die NS-Diktatur eine „Gefälligkeitsdiktatur“. Rückblick auf eine Historikerdebatte, S. 459–479 sowie Grebing, Helga: Zu viel „Volksgemeinschaft“ erklärt zu wenig. Anmerkungen zum Thema „Arbeiter im ‚Dritten Reich‘“, S. 481–488.

12 Roth steuerte das Vorwort in der Pabst-Monografie bei; mit Roth schrieb Gietinger den Aufsatz (2007).

13 Vgl. Gietinger (2008), S. 228–230.

Bevölkerung anzuknüpfen und zu versuchen, die breiten Massen für eine Art ‚Volksbewegung für Demokratie und Sozialismus‘ zu mobilisieren und dabei vor allem junge Menschen zu gewinnen, die der Nationalsozialismus verführt hatte.¹⁶

Eine solche Auffassung war in der SPD damals nicht unumstritten und beschwor fast eine ‚Opfer/Täter‘-Diskussion herauf, selbst wenn man sich darin einig war, dass ein solches Rekrutieren der ‚Mitläufer‘ gedacht war als Teil einer Abwehrstrategie gegen die damals schnell erstarkenden christlich-abendländischen und national-konservativen Kreise. Andererseits darf für diesen Kontext nicht vergessen werden, dass es, obwohl doch die Arbeiterbewegung von der NS-Diktatur fast restlos zerschlagen worden war, Neuanfänge gab, in denen sich die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung widerspiegelten: die den Räte-Gedanken wieder aufnehmenden Antifa-Ausschüsse und die Betriebsräte, die beide vor den Parteien lebenswichtige Aufgaben erfüllten. Ihre zum Teil beabsichtigte mangelhafte Wahrnehmung durch die Besatzungsmächte und die sich nach dem alten Muster reorganisierenden Parteien und Gewerkschaften haben innovative Gestaltungsmöglichkeiten aus der deutschen Nachkriegsgeschichte herausgeholt.

16 Vgl. Brandt, Peter: Die deutsche Linke, die Arbeiterklasse und die nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘ in der Kriegs- und frühen Nachkriegszeit, in: ders. (2008), S. 209–234.

Zwangsvereinigung und Zerschlagung sozialdemokratischer Hochburgen

Was Franz Walter, parallel zu Peter Brandts Studien zur Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik, über die SBZ beschreibt, lässt aufhorchen: Bei ihm gibt es den Begriff ‚Zwangsvereinigung‘ nicht, sondern einen breiten Strom, den die SPD meinungsführend mit trug, zur Sozialistischen Einheitspartei. Das galt gewiss für die politische Führung der SPD in der SBZ, aber für die breite Masse der Mitglieder auch? Gewiss gab es unter den Mitgliedern Illusionen darüber, dass die an Mitgliedern stärkere SPD die künftige Einheitspartei würde dominieren können; aber es gab eben auch übergenug Zwang, ausgeübt von der Besatzungsmacht und von der durch diese protegierten KPD, vor Ort allemal. Nicht „plötzlich“, wie Walter behauptet, kam den Sozialdemokraten ihre Einheitsbegeisterung abhanden, und schon gar nicht „plötzlich“ steuerte die KPD-Führung „mit aller Macht“ die Einheitspartei an.¹⁷ Das Ergebnis war dann, wie Walters frühe Bahn brechende Studie und andere Untersuchungen¹⁸ seither beweisen, die totale Vernichtung aller sozialdemokratischen Prägungen der einstigen Hochburgen des „Milieu-

17 Walter (2009a), S. 109.

18 Walter, Franz/Dürr, Tobias/Schmidtke, Klaus (1993): Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Bonn; Malycha, Andreas (1995): Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Bonn. Hinweise bereits bei Grebing, Helga (Hrsg.) (1983): Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945–1949. Stuttgart.

sozialismus“ in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, so dass sich dann die Sozialdemokratie zu ihrem eigenen Erschrecken nach 1989 komplett neu erfinden musste.

Neuorientierung der Sozialdemokratie

Aber auch im westdeutschen Teil der heutigen Bundesrepublik geriet die SPD erneut, wie bereits am Ende der Weimarer Republik, ins Abseits. Die kleine Studie von Nikolas Dörr gibt über die Gründe präzisen Aufschluss, ohne sich in den Sog vorwurfsbeladener Wertungen ziehen zu lassen. Kurt Schumacher verfolgte eine strategisch ganz unsichere Politik gegenüber der neu gegründeten CDU/CSU, von der er meinte, diese würde früher oder später auseinander fallen; er vertrat eine eigenwillige, letztlich widersprüchlich wirkende Westorientierung, die sich außenpolitisch als national und innenpolitisch als sozialistisch darstellte, wodurch die SPD leicht zum Störenfried des werdenden Wohlstandes gestempelt werden konnte. So geschah das, was noch öfter passieren sollte: Die SPD-Abgeordneten haben maßgeblich am Grundgesetz mitgearbeitet, aber ihre Partei konnte davon nicht profitieren. Deshalb lautet Dörrs Fazit: „Erst der Bruch mit der Schumacherschen Politik (...) machte die Partei auf Bundesebene mehrheitsfähig.“ Die Defizite aus der frühen Nachkriegszeit korrigiert zu haben, bezeichnet er als „die historische Leistung“¹⁹ der Nach-Schumacher-Reformergruppe.

19 Dörr (2007), S. 103f.

Gregor Kritisidis' falsche Ausgrenzungsthese

Zu vollkommen entgegengesetzten Urteilen gelangt Gregor Kritisidis in seiner Studie über die linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Er stellt einander gegenüber den ‚Realsozialismus‘ als parteikommunistische Variante der Arbeiterbewegung und die sozialdemokratische Richtung des etatistischen Sozialismus; beide, so seine Behauptung, hätten die demokratisch-sozialistische Strömung mit ihrem großen „Emanzipationspotential“²⁰ historisch ausgegrenzt. Unter die nur bedingt zutreffende Kennzeichnung „linkssozialistisch“ versammelt er alles eben nur Mögliche: Linkskommunisten, Rechtskommunisten, marxistische Sozialdemokraten, Rätekommunisten, Anarcho-Syndikalisten, sogar linkskatholische Syndikalisten. Er bietet damit ein Tableau, das er durch eine Vielzahl von z.T. schon lange verschütteten Informationen auszugestalten und zu ordnen sich eindrucksvoll bemüht. So weit, so gut.

Nachteilig wirkt von vornherein, dass der Autor im wesentlichen Selbstzeugnisse, wenn auch in allen möglichen Varianten benutzt, wenig Informationen liefert über die objektive Bedeutung und den tatsächlichen Einfluss der einzelnen Gruppen auf die Arbeiterbewegung. Er analysiert auch nicht grundsätzlich das klassische sektiererische Verhalten linkssozialistischer Gruppen, ihre Rechthaberei, ihre Unfähigkeit zu Kooperation untereinander und zur politisch tragfäh-

20 Vgl. Kritisidis (2008), Einleitung.

higen Kommunikation mit den ‚Mas- sen‘. Es fehlt auch der um Objektivität bemühte Blick auf den linken Flügel in der SPD und in den Gewerkschaften.

Kritidis' Fazit lautet: Durch die Ausgrenzung hätte die linkssozialistische Opposition keine Möglichkeit zu einer autonomen Neuorientierung nach 1945 gehabt, und dies hätte zum epochal bedeutsamen „Zerfall der Arbeiterbewegung als eine sozialistische, systemüberwindende gesellschaftliche Kraft“ geführt; die Kehrseite dieses Zerfalls sei „die politisch und sozial repräsentative Integration der Arbeiterbewegung in den westdeutschen Staat“ gewesen.²¹ Wen die ‚Schuld‘ an dieser Entwicklung trifft, weiß Kritidis natürlich genau, zumal er gesellschaftliche Wandlungsprozesse kaum wahrnimmt: die Teile der SPD und der Gewerkschaften, die er als rechts, anti-marxistisch und vor allem anti-kommunistisch kennzeichnet. Selbst die, die der Entwicklung teilweise kritisch gegenüberstanden, werden mit dem Verdikt des Antikommunismus belegt, wie der IGM-Vorsitzende Otto Brenner und die Berliner SPD unter Willy Brandt, die wegen ihres „kategorischen Antikommunismus nicht in der Lage“ war, ihre Einsichten politisch zum Tragen zu bringen.

Wie Kritidis heuristisch äußerst problematisch und oberflächlich vorgeht, kann man beispielsweise daran erkennen, dass er meint, in Brandts „Antikommunismus“ eine Umkehrung von dessen ursprünglicher unkritischer Position gegenüber der Sowjetunion in

den 1930er Jahren erkennen zu können. Dabei bezieht er sich als Quelle auf eine merkwürdige „Mittelung“ von Peter von Oertzen aus dem Jahr 2002, der Brandt sogar unterstellt, er habe zur „pro-stalinistischen“ Fraktion der SAP gehört.²² Eine solche Fraktion gab es in der SAP nicht, und Brandt war jemals weder „pro-stalinistisch“ eingestellt noch jemals kommunistisch. Er war aber bereits früh von der Notwendigkeit überzeugt, die Bedeutung der SU und ihre Interessen anzuerkennen, sollte je der demokratische Sozialismus in Europa eine Chance haben.

Kritidis denkt nicht daran, die Gründe für das, was er sozialdemokratischen „Antikommunismus“ nennt, zu reflektieren; er setzt ihn einfach undifferenziert mit dem der konservativen politischen Mehrheit in der Bundesrepublik gleich. Er versteht nicht, dass Sozialdemokraten für ihren Anti-Stalinismus viele historische Gründe hatten – seit Anfang des 20. Jahrhunderts, als Rosa Luxemburg sich mit Lenin auseinander zu setzen begann. Kritidis setzt eine durch ideologische Borniertheit gekennzeichnete Legende in die Welt, dass es zur frühen Geschichte der Bundesrepublik eine Alternative gegeben hat und nur der „Antikommunismus“ der SPD (vor allem der des Reform-Flügels) deren Realisierung verhindert hat. Noch einmal dasselbe wie 1918/19!? Das sagt er zwar nicht expressis verbis, aber es liegt schon nahe. Aber Kritidis geht es wohl eher um die Stützung seiner Vorannahme: dass heute nach dem Schei-

21 Vgl. zusammenfassend Kritidis (2008), S. 449–455.

22 Ebd., S. 216 bzw. 336f.

tern des „Realsozialismus“ vielleicht doch möglich sein könnte, was damals nicht gelang.

SPD als Mitglieder- und Programmpartei

Für Franz Walter beginnt in seinem jüngsten Buch „Im Herbst der Volksparteien“ mit der Kanzlerkandidatur Willy Brandts im Jahre 1961 „die neue SPD“. Sie warf überzählige, längst belastende Rituale ab und begab sich dennoch traditionsgestützt auf den Weg in die Mitte, was damals bedeutete, dass sie sich zur Partei der modernen Arbeitnehmersgesellschaft entwickelte.²³ Zusammen mit den hoch qualifizierten Facharbeitern und Teilen der Beamtenschaft bildeten nun die Angestellten „die moderne Gruppe der Arbeitnehmer in der sich neu strukturierenden Mitte der Gesellschaft“²⁴. Die Ablegung des traditionellen „Entwicklungsdeterminismus“ und die Aufgabe des „Endzielfetischismus“, wie sie sich im Godesberger Programm von 1959 niederschlugen, wurden begleitet von der klugen Benutzung der modernen Massenmedien. Der „klassische Zwiespalt“ der SPD, „die stets nicht recht wusste, ob sie die obwaltenden Verhältnisse mögen durfte, weil sie sie selbst mitgeformt hatte, oder bekämpfen sollte, weil das Produkt ihres politischen Handelns weit vom ursprünglichen Ideal entfernt lag“²⁵, schien zurückgedrängt. So die Deutung

von Franz Walter, die m.E. einer Korrektur bedarf: Eine Partei, die über das bereits Erreichte hinaus gehende Ziele besitzt, muss mit sich selber unzufrieden sein; es kommt darauf an, ob sie die beiden sie bestimmenden Faktoren – schrittweise Reformen und weiter reichende politische Ziele – auseinander halten und doch wieder zusammen führen kann. Das aber geschieht durch die programmatischen Leitlinien, weshalb die SPD sich nicht nur als Mitglieder-, sondern immer auch gleichzeitig als Programmpartei verstanden hat.

Bereits seit dem Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre gab es Anzeichen für eine Auffächerung der sich bis dahin homogenisierenden Gesellschaft: Die industriellen Hochburgen zerfielen und die sozialen Milieus, noch geprägt von der Kultur der alten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, erodierten (während sie im Osten Deutschlands durch die herrschende SED-Diktatur längst restlos zerstört waren). Die SPD, so sieht es Walter²⁶, geriet in eine Depression, aus der sie erst seit dem Beginn der 1990er Jahre von den Enkeln Brandts herausgeführt werden konnte. Diese „Enkel“, aufgestiegen zu Ministerpräsidenten und Ministern in den Ländern, zogen in die halblinke Mitte und begannen mit dem Aufbau einer neuen wählergestützten Grundlage für ihr politisches Handeln. Die Doppelspitze Lafontaine/Schröder schien sich als ein plausibles Konzept zu erweisen: Während Schröder sich als der Sympathie-

23 Walter (2009b), S. 70.

24 Ders. (2009a), S. 171.

25 Ebd., S. 268. Fast wortgleich in ders. (2009b), S. 92.

26 Ders. (2009b), S. 75 bzw. 82.

träger für Wechselwähler aus dem bürgerlichen Lager bewährte, vermochte der „aggressive Sozialagitator“ Lafontaine die „sozialdemokratischen Traditionsschichten“ zu mobilisieren.²⁷

Wohin bewegt sich die Sozialdemokratie?

Das Konzept scheiterte. Schröder bricht, so Walter, mit der alten sozialdemokratischen Vorstellungswelt, inspiriert von der Konstituierung von „New Labour“ durch Tony Blair und angeleitet von Bodo Hombach (dessen Einfluss möglicherweise noch bedeutender war als bisher angenommen)²⁸ und unterstützt von Generations-Genossen, die wie er ebenfalls, wenn auch lautloser, von links nach rechts gewandert waren²⁹. Das Ergebnis war – nach Walter – der Auszug der SPD aus den Arbeiterschichten, vor allem aber die Vernachlässigung der „Zurückgelassenen“. Das hatte u.a. die Etablierung der Linkspartei zur Folge, die nun aber in Lafontaines „Eiszeitsozialismus“ stecken geblieben ist. Auf Distanz zur SPD gingen auch die Intellektuellen. Am stärksten blieb die SPD dort, wo sie die Interessen der empor gekommenen Ex-Facharbeiterkinder, die gewissermaßen eine neue Arbeiteraristokratie ge-

gen die neuen, noch diffus reagierenden Unterschichten bildeten, vertrat.³⁰

Völlig unpassend, ja harakirihaft nennt Franz Walter, dass sich die SPD in ihrem Hamburger Programm von 2007 wieder dem Demokratischen Sozialismus als Zielprojektion verschrieben habe³¹. Erstens ist das „wieder“ falsch, weil das ganze Berliner Programm von 1989 Ausdruck des Verständnisses der SPD gewesen ist, was Demokratischer Sozialismus für sie bedeutet; zweitens kann von Zielprojektion des Demokratischen Sozialismus im Hamburger Programm nicht die Rede sein, und von „fast triumphalistischer“ Paraphrasierung erst recht nicht. Bei der Erwähnung des Demokratischen Sozialismus im Hamburger Programm handelt es sich schlicht um die Vergewisserung einer Vergangenheit, die noch die Kraft haben kann, zukünftiges Handeln, wie immer man es dann bezeichnet, zu motivieren – wie ein Fixstern. Aber von dergleichen Emphase lässt sich der Genosse Franz Walter, Sohn eines Arbeiters, nicht beeindrucken bei seinem Versuch zu bestimmen, was die SPD heute ist, besser: geworden ist: Sie ist in der Mitte angekommen, ist gemäßigt linksliberal, eine Art bürgerlicher Honoratiorenpartei der Aufsteiger, eine Partei der halblinken Mitte, jedenfalls keine kräftige Volkspartei mehr, bestenfalls „aber doch in der Republik die Querschnittspartei schlechthin“.³²

27 Ebd., S. 82.

28 Vgl. auch Sturm (2009), Anm. 35.

29 Hierzu sind aufschlussreiche Informationen von der demnächst im Druck erscheinenden Dissertation (Universität Hannover) von Max Reinhardt „Die SPD-Flügel seit 1945. Eine historische Untersuchung über das Machtfeld SPD anhand von biographischen Interviews mit SPD-Politikerinnen und SDP-Politikern“ zu erwarten.

30 Walter (2009b), S. 88 bzw. 98, ders. (2008), S. 86f.

31 Ders. (2009b), S. 97, ders. (2009a), S. 267.

32 Ders. (2008), S. 95. Das Zitat lautet weiter: „Zumindest ist sie in allen neun von Infra-

Nach Franz Walter kann diese SPD, wenn sie ihren Modernisierungskurs weiter vorantreiben will, dies nur dann, „wenn sie keine sozialpaternalistischen Kompromisse machen muss, den Lafontainismus nicht mehr parteiintern einzubinden braucht“.³³ Das aber gelingt nur, „wenn sich ein gut organisiert integratives Zentrum im Scharnierbereich der Partei herausbildet – oder eben einer der beiden Flügel eindeutig obsiegt“.³⁴ Was will uns Franz Walter eigentlich sagen? Vielleicht das: Die SPD ist spät dran, aber noch nicht zu spät, um sich endlich von sich selber zu verabschieden.

Illustrierende Begleitmusik der etwas leichteren Art zu Franz Walters Interpretationen bietet der Parlamentsberichterstatte der ‚Welt‘, der ‚Welt am Sonntag‘ und der ‚Berliner Morgenpost‘ Daniel Friedrich Sturm. Er schildert die Jahre der SPD seit 1998 unter der keineswegs rhetorischen Frage „Wohin geht die SPD?“ – tatsächlich schreibt er aber nicht über „die SPD“, sondern über deren Führungsschicht. Sicherlich besitzt er profunde Kenntnisse und sicherlich kann er ausgezeichnet beobachten und diese Beobachtungen kombinieren. Aber ob alles wirklich so geschehen ist, wie er es seinen Lesern serviert, bleibt die Frage angesichts seiner Quellenba-

sis: überwiegend Berichte der Printmedien und Befragungen von Akteuren³⁵, alles Quellengattungen, die Historikern eher Kopfschmerzen verursachen wegen ihres per se defizitären Charakters. Andererseits ist einzuräumen, dass die Deutungen Sturms zu Erkenntnissen anleiten, denen man sich – als ZeitgenosseIn zumal – bislang nicht gestellt hat. Ärgerlich ist höchstens, dass auch Sturm nicht lassen kann, eingefahrene Stereotype über den ‚Charakter‘ der SPD zu wiederholen, so deren Lust zur Opposition, während sie doch inzwischen verstanden hat, dass ‚Opposition Mist‘ ist.

Man erfährt so einiges über das ‚System Schröder‘, das auf Schröders autoritären Politikstil gegründet war, und von seiner Neigung zu einer autoritären Demokratie. Er hasste positionsbestimmende programmatische Diskussionen, denn er will seine Positionen immer wieder korrigieren, ja räumen können und sein Image verändern. So wurde ja denn auch schnell aus der 1998 als Basis angekündigten „Neuen Mitte“, als dies nicht zog, 2002 der „deutsche Weg“. Nicht zu knapp begleiten ihn „Männerfreunde“: Wolfgang Clement, Olaf Scholz, auch Franz Müntefering, wenn auch mit einem „bis hierhin und nicht weiter“, vor allem Bodo Hombach, dessen herausragender Einfluss auf Schröder von Sturm noch plastischer her-

test identifizierten Milieus mit mehr als 25 Prozent, bei einer Ausnahme mit mehr als 30 Prozent der Wähler vertreten. Das gelingt der Union mittlerweile nicht mehr gleichermaßen flächendeckend; den übrigen Parteien erst recht nicht.“ Vgl. auch ders. (2009a), S. 287.

33 Ebd., S. 289.

34 Ders. (2008), S. 104.

35 Sturm nennt folgende Gesprächspartner: Wolfgang Thierse, Otmar Schreiner, Renate Schmidt, René Röspel, Klaas Hübner, Klaus Barthel, Klaus Uwe Benneter, Ute Vogt, Bodo Hombach, Hans Eichel, Michael Müller, Hans-Jochen Vogel, Johannes Kahrs, Garrelt Duin.

ausgearbeitet wird als von Walter. Auch Lafontaine bekommt den Spiegel vorgehalten: Es wird daran erinnert, dass er ursprünglich gar nicht als ‚links‘ galt, dass es ihm aber gelang, „weite Teile der SPD für sich einzunehmen“ und dass er dabei unvermutete Schwächen zeigte.³⁶ Auch wird man konfrontiert mit der Wahrnehmung des Autors, dass der Bedeutungsverlust des linken Flügels der SPD nach Lafontaines so einmaligem Abgang einsetzte. Die Linke konnte keine Integration über Personen und mit ihnen verknüpfte Leitorientierungen mehr zustande bringen.³⁷

2005 zeigte sich dann, dass Schröders „demonstrative Kraft“ nur vordergründige Bedeutung hatte: „Längst beherrschte das System Müntefering die SPD, in seiner Allmacht der Kohls vergleichbar.“³⁸ Ob man dieses „System Müntefering“ „demokratischen Zentralismus“ (in Anlehnung an Lenin) nennen soll, wie Sturm es tut, ist nicht nur eine Geschmacksfrage, sondern auch analytisch defizitär. Münteferings Allmacht hielt nicht lange. Auch die weiteren Versuche, den ‚Tanker‘ wieder in seine Spur zu bringen, scheiterten. Einzig Matthias Platzeck erhält von Sturm das Prädikat eines Modernisierers mit dem Ziel eines Paradigmenwechsels, „der vorsah, auf einen Ausbau der Infrastruktur zu setzen, anstatt individuelle Transferleistungen beständig zu erweitern“.³⁹ Müntefering bleibt bei ihm der ehrliche Reformier in

der Großen Koalition, der einen Rückfall in den Sozialstaatskonservatismus vermeiden will. Kurt Beck dagegen sah nach Sturm die SPD eingeklemmt zwischen den „Sozialpopulisten“ Rüttgers und Lafontaine, wurde einer der letzten Vertreter einer Partei, die sich als Schutzmacht der kleinen Leute verstand, und begab sich – erfolglos – auf den Marsch in den Traditionalismus.⁴⁰

Ja, und wohin geht nun die SPD? Sturm, der die Protagonisten der SPD (mit Ausnahme von Beck) durchaus mit dosierter Sympathie bedenkt (das gilt auch für Steinmeier), weiß es eigentlich auch nicht. Seine auf die Jahre 2009 bis 2013 gerichteten drei Szenarien sind eher Spielchen, die lieber nicht ernst nehmen sollte, wer der SPD wohl gesonnen ist: 1. mit Bundeskanzler Steinmeier eine Ampel-Koalition; 2. Bundeskanzlerin Merkel führt die Große Koalition fort, die nach drei Jahren zerbricht; eine Koalition aus SPD, Linken und Grünen findet bei den Wahlen 2013 keine Akzeptanz; 3. Bundeskanzlerin Merkel schließt eine Jamaika-Koalition; SPD und Linkspartei fusionieren, die neue Partei behält den Namen SPD und erreicht bei den Wahlen 39%.⁴¹ Leider muss der Szenarien-Text ohne die Karikaturen von Heiko Sakurai auskommen, die sonst den ohnehin flott geschriebenen Text noch zusätzlich beleben.

Das letzte Buch, das zu rezensieren bleibt, ist auf strikteste Weise bis zur

36 Vgl. Sturm (2009), Kapitel 1, S. 9–54.

37 Vgl. ebd., Kapitel 2, S. 57–92.

38 Ebd., S. 234f.

39 Ebd., S. 203.

40 Vgl. ebd., Kapitel 8, S. 309–347.

41 Ebd., S. 445–456.

Langeweile des Lesers darauf gerichtet, vorgefundene Tatsachen analytisch zu sezieren. Die Ergebnisse dieses Verfahrens sind zugleich eindrucksvoll und weichen beträchtlich von denen der bereits behandelten Autoren ab. Die Autoren des von Heiko Geiling herausgegebenen Bandes „Die Krise der SPD“ teilen die Auffassung, dass „die Erfolgsgeschichte der Volksparteien als die Integrationsmaschinen“ dem „Ende nahe“ zu sein scheint, und sprechen von der „Akzeptanzkrise der Volksparteien“.⁴² Die Autorin dieser Sammelbesprechung hat bereits 1992 die seinerzeit doch recht kühne These gewagt, dass es sein könnte, dass „die Parteien auf ihren warenhauskatalogartigen Programmen und schäbigen Milieuresten sitzen bleiben und dass der mündige Bürger (...) längst gelernt hat, an den Parteien vorbei und oft genug auch gegen sie seine Interessen zu vertreten und eigenes Handlungsrepertoire zu entwickeln“, und sie hat die Frage gestellt, „ob nicht vielleicht die Volksparteien, wie wir sie kennen, ein Auslaufmodell sind.“⁴³

Die seinerzeitige Hoffnung auf eine Erweiterung des bürgergesellschaftlichen Engagements erfüllte sich zwar nicht; vielmehr hat sich die repräsentative Demokratie in die Richtung einer autoritären entwickelt. Dies jedenfalls ist die Auffassung der Autoren des Krisen-Bandes. Präziser sollte man von ei-

ner ‚Boulevardisierung‘ der Politik und von einer Fehlentwicklung bürgergesellschaftlicher Komponenten der Parteidemokratie sprechen. Seit 1998 wurde die SPD-Mitgliedschaft durch „Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung“ entmachtet, die innerparteilichen Debatten wurden in die Medien verlagert, der Prozess der politischen Willensbildung wurde in parlamentsunabhängige Kommissionen und Beratergremien verschoben. Dies ging nur, und damit haben die Autoren wieder weitgehend Recht, mit der Akzeptanz des rechten Parteiflügels in der SPD, repräsentiert durch die ‚Seeheimer‘ und Teile der ‚Netzwerker‘, die alle auf die Ausrichtung hin zu einer ‚Neuen Mitte‘ unter Verzicht auf Arbeitnehmerschichten, besonders der prekär bedrohten, strebten.

Während die „wirtschaftlichen Leistungsträger“ angesprochen wurden, die man allerdings hauptsächlich dort zu finden meinte, wo die CDU/CSU bereits seit längerem agierte, verlor die SPD Wählergruppen z.T. kampfflos an die Linkspartei, die inzwischen in den westdeutschen Großstädten eine Art Stammwählerschaft zu bilden vermochte; die meisten aber, ca. 40%, wanderten ins Nichtwählerlager ab; immer noch liefen SPD-WählerInnen zu den Grünen über; aber nur ein kleiner Teil zur CDU/CSU, wo sie sich sicherer aufgehoben fühlten „im Patron-Klient-Nexus des CDU-Arbeitnehmerflügels“.⁴⁴ Der traditionell

42 Geiling (Hrsg.) (2009), S. 13 bzw. 16.

43 Grebing, Helga (1992): Traditionskompanie – Volkspartei. Wie weiter, Genossen?, in: dies.: „Wie weiter, Genossen?“ Essays zur Sozialdemokratie im Epochenwechsel. Essen 2000, S. 17.

44 Reinhardt, Max: Parteiflügelkämpfe seit der Bundestagswahl 2002 – Der Kampf um die Macht in der SPD, in: Geiling (2009), S. 53–112, Gardemin, Daniel: Kleinräumige Un-

gute Ruf der SPD als zuverlässiger Garant für ein Bemühen, sich für die unverschuldet in Not geratenen Menschen solidarisch einzusetzen, war hin; offensichtlich auch bei denen, die keineswegs gering qualifiziert waren und dennoch ihre Arbeitsplätze verloren.

Welches neue Gleichgewicht benötigt die SPD?

Offensichtlich kam der SPD parallel zum Verlust der StammwählerInnen auch das innere Gleichgewicht abhanden: Der rechte Parteiflügel wurde dominant und fürchtet nun im Falle eines wie auch immer gearteten Zusammengehens von SPD und Linkspartei um diese Dominanz. Der linke Parteiflügel verhedderte sich beim Spagat zwischen Regierungsloyalität und programmatisch begründeten Zielsetzungen, handelte nicht einheitlich und machte bei dem Versuch der innerparteilichen Linksverschiebung (wie in Hessen) die gleichen Fehler wie der rechte Parteiflügel: Die innerparteiliche Zerrissenheit wurde nicht entschärft, im Gegenteil.⁴⁵ Also: ‚Wie weiter, Genossen?‘ – die alte Frage und etwa keine neuen Antworten?

Von der SPD abgewandt haben sich ja nicht nur die „Sozialstaatskonservativen“, sondern auch Arbeitnehmer

verzweifeln an ihr, die durchaus eine Modernisierung des Sozialstaates unterstützen würden, allerdings nur dann, wenn die durch eine lange erfolgreiche Geschichte bestätigten Wertvorstellungen der SPD, vor allem Solidarität, als Leitwerte erhalten bleiben würden. Die Autoren des Krisen-Bandes begründen dies mit der erkennbaren Fortexistenz der Klassenstruktur der Gesellschaft und der Erkennbarkeit von Sozialmilieus, wenn auch in anderen Formationen als die historisch überlieferten.⁴⁶ Wenn das so ist, und vieles spricht dafür, dann lassen sich auch Wählerpotenziale für die SPD erkennen, die von ihr das Bild der Querschnittspartei als modifizierter Volkspartei widerspiegeln. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass das Gleichgewicht der Flügel wieder hergestellt werden könnte, in dem Sinne jedenfalls, dass nicht ein Flügel sich selbst und sein Programm zum „Maßstab der Dinge“ erhebt.⁴⁷ Die Sicherung der innerparteilichen Diskursfähigkeit ist aber zu verbinden mit der Profilschärfung des linken Flügels, und die ist auch eine Frage der nicht allzu langfristigen Ablösung der ‚Generation Schröder‘. An einem Programm – und einer einmaligen Geschichte fehlt es der SPD ja nicht!⁴⁸

tersuchung der SPD-Wählerschaft – Wahlanalysen in Hannover von 1998 bis 2008, in: ebd., S. 259–301, Meise, Stephan: „...wozu die Sozialdemokratie eigentlich verpflichtet wäre“ – Verprellte Mitglieder, Parteiaustritte und die Vertrauenskrise der SPD, in: ebd., S. 113–158.

45 Schroeder, Wolfgang: Die hessische SPD: Zwischen Machtanspruch und innerparteilicher Zerrissenheit, in: Geiling (2009), S. 159–195.

46 Vester, Michael und Geiling, Heiko: Soziales Kapital und Wählerverhalten – Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei, in: Geiling (2009), S. 25–52.

47 Schroeder, in: Geiling (2009), S. 192.

48 Der Schlusssatz wurde geschrieben am Tag der Landtagswahlen (30.08.09) in Thüringen, Sachsen und im Saarland – demnach auch vier Wochen vor der Bundestagswahl am 27.09.2009

Literatur

- Brandt, Peter (2008): Soziale Bewegung und politische Emanzipation. Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Bonn.
- Dörr, Nikolaus (2007): Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Parlamentarischen Rat 1948/1949. Eine Betrachtung der SPD in den Grundgesetzberatungen vor dem Hintergrund der ersten Bundestagswahl 1949. Berlin.
- Faulenbach, Bernd (2003): Rosa Luxemburg als Mythos? Zur Bedeutung der historischen Rosa Luxemburg für die heutige Sozialdemokratie, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, Nr. 29/2003, S. 75–88.
- Geiling, Heiko (Hrsg.) (2009): Die Krise der SPD. Autoritäre und partizipatorische Demokratie. Berlin.
- Gietinger, Klaus (1992): Nachträge, betreffend Aufklärung der Umstände, unter denen Frau Dr. Rosa Luxemburg den Tod gefunden hat, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung (IWK)*, Nr. 3/92, S. 319–373.
- Gietinger, Klaus und Roth, Karl Heinz (2007): Die Verantwortung der Mehrheitssozialdemokratie für die Morde der deutschen Gegenrevolution im Jahr 1919. Eine Dokumentation, in: *Sozialgeschichte*, Nr. 22/2007, S. 82–102.
- Gietinger, Klaus (2008): Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere. Hamburg.
- Kritidis, Gregor (2008): Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Hannover.
- Luban, Ottokar (2003): Die revolutionäre Ungeduld: Rosa Luxemburg und die Verbindung zu den Massen (August 1914 bis Januar 1919), in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, Nr. 29/2003, S. 19–30.
- (2008): Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919. Leipzig.
- (2009): Das Geschichtsbild der deutschen Novemberrevolution 1918 bei Eberhard Kolb, Susanne Miller, Heinrich August Winkler und Helga Grebing, in: *Pankower Vorträge*, Heft 129, S. 38–47.
- Rudolph, Karsten (2009): Revolution oder Faschismus? Die deutsche Revolution von 1918/19 in der neueren Historiografie und als Gegenstand der Geschichtspolitik, in: Ursula Bitzegeio, Anja Kruke, Meik Woyke (Hrsg.): *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert*. Bonn, S. 489–499.
- Scharrer, Manfred (2008): Diktatur ist die wahre Demokratie. Rosa Luxemburg in der November-Revolution, in: Grebing, Helga (Hrsg.): *Die deutsche Revolution 1918/19*, Berlin, S. 239–263.
- Strobel, Georg W. (1992): Die Legende von der Rosa Luxemburg. Eine politisch-historische Betrachtung, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung (IWK)*, Nr. 3/92, S. 373–395.
- Sturm, Daniel Friedrich (2009): *Wohin geht die SPD?* München.
- Walter, Franz (2008): *Baustelle Deutschland*. Frankfurt am Main
- (2009a): *Die SPD. Biographie einer Partei*. Überarb. und erw. Taschenbuchausgabe. Reinbek bei Hamburg.
- (2009b): *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*. Bielefeld.